

# **1 Neues Konzept zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots in NRW**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung



**Renate Hendricks** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Ziel ist ein wohnortnahes und vor allen Dingen hochwertiges qualitatives Schulangebot in Nordrhein-Westfalen. Mit dem jetzt vorgelegten Konzept, das in den drei Fraktionen von CDU, SPD und Grünen erarbeitet worden ist und das auch ein Ausfluss aus dem Schulkonsens ist, sind wir dem heute ein ganzes Stück nähergekommen. Ich finde sehr schön, dass die Fraktion der FDP und die Fraktion der Linken dieses Konzept im Grundsatz gut finden und ihm auch zustimmen wollen. Das zeugt davon, dass wir mit einer hohen Einigkeit die Situation für die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen verbessern.

Die gefundenen Lösungen haben auch etwas damit zu tun, dass wir in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen mit sehr starken urbanen Gegenden und einem Stadt-Land-Gefälle große Schwierigkeiten haben, sodass wir vor Ort unterschiedliche Lösungen anbieten müssen. Das hat Frau Ministerin Löhrmann noch einmal sehr deutlich gemacht, aber auch der Kollege Kaiser, der auch noch weitergehende Lösungen einfordert. Dabei müssen wir aber sehen, Herr Kollege Kaiser – das gilt auch für den Flächenindex, den Ihr Kollege Sternberg eben gefordert hat –, dass die Personalressourcen in Nordrhein-Westfalen nicht unendlich, sondern endlich sind. Auch die Kriterien Finanzierbarkeit und Effizienz, die wir beim Einsatz der Personalressourcen beachten, sind von Bedeutung.

Angesichts der laufenden Haushaltsberatungen und dem Druck, der gerade von der CDU auf uns ausgeübt wird, finde ich es schon ein bisschen problematisch, wenn in dieser Debatte sogar weitergehende Forderungen gestellt werden. Dabei wissen wir noch nicht einmal, ob Sie dem Schulhaushalt überhaupt in Gänze zustimmen werden. Voraussetzung dafür, dass wir das Konzept, das heute vorgestellt wird, umsetzen können, ist, dass der Schulhaushalt auch die Zustimmung der CDU-Fraktion findet.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ja, genau!)

Ich bitte das zu bedenken und zwischen Worten und Handeln eine Kohärenz herzustellen.

Grundlegende Ziele sind die Stärkung der Bildungsgerechtigkeit, die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Schulsystems und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der wohnortnahen Schulangebote. Das ist mit diesem Konzept möglich.

Frau Böth, ich will auch darauf hinweisen, dass es wohl nicht der Anträge der Linken bedurft hat, die Demografieeffekte im System zu belassen. Das war nämlich bereits eine Vereinba-

rung im Koalitionsvertrag und damit perspektivisch angelegt, dass die Demografieeffekte im System bleiben sollten.

Natürlich wussten wir, dass wir kleine Standorte sichern müssen, wenn wir in der Breite wirklich Schulstandorte für alle Kinder vorhalten wollen. An dieser Stelle möchte ich an die Empfehlungen der Enquetekommission anknüpfen. Herr Kollege Kaiser war mit mir gemeinsam in der letzten Legislaturperiode in dieser Enquetekommission. Wir haben dort bereits deutlich gesagt, dass wir kleine Standorte sichern wollen, weil Schulen auch als kultureller Mittelpunkt von Orten unendlich wichtig sind, um Orte in ihrem Bestand nicht zu gefährden.

Dass wir für die Grundschulen jetzt Lösungen gefunden haben und diese auch mit Teilstandorten und Mindestgrößen festgelegt haben, ist ein Teil des Schulkonsenses.

Zudem möchte ich in Erinnerung rufen, dass wir im Schulkonsens vereinbart haben, den Prozess „inklusive Schule“ voranzutreiben. Wenn wir uns über Qualität von Lernprozessen, Frau Pieper-von Heiden, und nicht nur über Qualität von Unterricht unterhalten, dann müssen wir uns über die Qualität von Lernprozessen der einzelnen Kinder unterhalten, wenn wir individuelle Förderung wirklich ernst nehmen. Dazu ist es erforderlich, dass Modelle der Differenzierung für die jeweiligen Klassen von den Lehrern erarbeitet werden, die dann die individuelle Förderung möglich machen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir den Gedanken „inklusive Schule“, den wir laut UN-Konvention umsetzen müssen, gemeinsam verwirklichen.

Meine sehr geehrten Kollegen von der CDU, wir haben verabredet, dass wir den Prozess der Inklusion weiterhin gemeinsam gestalten werden. Mit dem gemeinsamen Antrag von 2010 haben wir verabredet, dass es ein Recht auf den Besuch der allgemeinbildenden Schule für alle Kinder mit Behinderung geben soll.

Ich habe eben davon gesprochen, dass die Demografieeffekte, die wir im System haben, nicht unendlich sind und dass wir auch die Inklusion ausreichend mit Stellen werden hinterlegen müssen. Das heißt aber auch, dass wir – das gilt sowohl für die Grundschulen, die dafür ausreichend Stellen brauchen, als auch für die weiterführenden Schulen – es uns nicht werden leisten können, Doppelstrukturen im Land vorzuhalten.

Vor dem Hintergrund der Haushaltsdebatte, aber auch wegen der Notwendigkeit der individuellen Förderung und der Umsetzung der Inklusion lautet meine eindringliche Bitte an die Kollegen der CDU, diesen Weg weiterhin gemeinsam mit uns zu gehen. Der Weg, die Frage der Inklusion zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung werden zu lassen, ist – auch angesichts der Einigkeit bei diesem gemeinsamen Papier, das wir heute verabreden werden – sicherlich nicht der richtige.

Wir brauchen den Konsens in einer so wichtigen Frage wie der Inklusion genauso wie wir den Konsens dort brauchen, wo es um die Frage der Förderung von kleinen Grundschulen geht.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Thema eignet sich auch nicht, Positionen gegeneinander auszuspielen, zumal wir uns schon relativ weit angenähert haben.

Ich möchte Sie ausdrücklich bitten, dass wir auch in Sachen „Inklusion“ wieder an einen Tisch kommen und damit die Rahmenbedingungen für die Grundschulen, und zwar nicht nur für die kleinen, sondern für alle Grundschulen, so gestalten können, damit die Ausstattung für diese Schule ausreichend ist, weil in einer Gesellschaft, die in der Zwischenzeit auch ein inklusives Bewusstsein hat, der Druck auf die Schulen, alle Kinder aufzunehmen, weiter zunehmen wird.

(Beifall von Gunhild Böth [LINKE])

Da sind wir in der Verantwortung.

Ich möchte mich ganz herzlich für die vom Ministerium geleistete Arbeit bedanken. Ich möchte mich für die vielfältigen in der Vergangenheit geführten Gespräche, auch mit Frau Ministerin Löhrmann, bedanken. Es war ein konstruktiver Prozess, den wir mit der CDU gemeinsam durchlaufen haben. An diesen konstruktiven Prozess würde ich gern zukünftig anknüpfen. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD)